

Pressekonferenz der JSVP Kanton Schwyz vom 04.03.2008, 18.00 Rest. Distel, Rothenthurm
Es gilt das gesprochene und geschriebene Wort

Einbürgerungen sind zu einem unfairen Verwaltungsakt verkommen

Seit der linksdominierte Schwyzer Regierungsrat am 26. August 2003 überstürzt eine „Notverordnung über die vorläufige Regelung zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts“ in Kraft setzte, herrscht ein grosser Unmut in der Bevölkerung. Damit wurde über Nacht das gesamte Stimmvolk übergangen. Fortan durfte nämlich nicht mehr an der Urne abgestimmt werden. Das ist nicht nur ein Demokratieverlust sondern berührt auch die Unabhängigkeit jedes einzelnen Bürgers.

In der Folge hatte die kantonale SVP verschiedene Massnahmen getroffen. U.a. hat die Ortspartei-Präsidenten-Konferenz am 8. November 2005 grünes Licht für eine parteiinterne Arbeitsgruppe zur Analyse des neuen Einbürgerungsverfahrens gegeben. Der Vergleich der verschiedenen Fragenkatalogen in den Gemeinden hat die fatale Fehlentwicklung aufgezeigt: Die verschiedenen Interpretationen der Kriterien, der nicht definierte Spielraum in den Einbürgerungskommissionen und die Beeinflussungsmöglichkeit durch involvierte Verwaltungsstellen bergen die grosse Gefahr in sich, dass ein und dasselbe Gesuch in den verschiedenen Gemeinden unterschiedlich ausgelegt werden könnte. Konkret: In einer Gemeinde wird sehr viel Wert auf reine Wissensfragen gelegt und solange weitergefragt, bis der Kandidat nichts mehr weiss. In der anderen Gemeinde ist die Prüfung der sprachlichen Fähigkeiten oberflächlich. Die Arbeitsgruppe hat deshalb einen neuen Fragekatalog erarbeitet mit dem Ziel, dass alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller gleich beurteilt werden. Die entsprechende Motion der SVP-Kantonsrats-Fraktion wurde natürlich von der Regierung und allen anderen Parteien ignoriert mit dem Hauptargument „Man will keine Gleichmacherei“.

Die Arbeitsgruppe reagierte darauf - und weil der Verband der Schwyzer Gemeinden und Bezirke sich dieser dringenden Angelegenheit nicht annahm oder nicht annehmen wollte - mit der Öffnung ihrer Vergleichsarbeiten für alle kommunalen Einbürgerungskommissionen. An der Durchführung von zwei solchen Konferenzen haben sich etwa die Hälfte aller Gemeinden beteiligt. Die Bestrebungen, den Verwaltungsakt qualitativ (in der Beurteilung der Kriterien) und quantitativ (in der Festlegung einer Auswahl von verschiedenen gewichteten Kriterien) zu verbessern, mündete in eine Aussprache mit dem zuständigen Regierungsrat und den involvierten kantonalen Stellen. Das Resultat des Treffens vom 14. März 2007 ist ein Ordner, welcher allen Einbürgerungs-Kommissionen als Grundlage ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zugestellt wurde.

Heute müssen wir besorgt feststellen, dass die mit einer aufwändigen Arbeit verbundene Zusammenstellung dieses Ordners in den Einbürgerungskommissionen nur ungenügend Eingang gefunden hat. Z.B. wurde in Lachen diese sachliche und parteineutrale Grundlage den Kommissionsmitgliedern nicht abgegeben. Wie soll da eine seriöse Verwaltungsarbeit geleistet werden?

Die Verbesserung des unwürdigen Verwaltungsaktes weiter verfolgend, bleibt es selbstverständlich das vordringliche Ziel der SVP, dass das Volk wieder demokratisch und abschliessend zu allen Einbürgerungsgesuchen Stellung nehmen kann. Dafür setze ich mich als Kantonsrats-Kandidat ein.

René Bünter, Präsident der SVP-Arbeitsgruppe Einbürgerungen